

# »Wir haben eine einseitige Art der Aufarbeitung«

## Thüringens Linke-Fraktion will den 17. Juni zum Gedenktag für die »Opfer des SED-Unrechts« machen. Gespräch mit Johanna Scheringer-Wright

Johannes Supe

---

**Thüringens regierende Linkspartei arbeitet sich wieder an der DDR ab. In dieser Woche soll eine Vorlage beschlossen werden, mit der der 17. Juni zum Gedenktag im Freistaat wird. An diesem Tag wurde 1953 ein Aufruhr von Arbeitern in der DDR beendet. Können Sie etwas dazu sagen, wie es zu dem Entwurf kam?**

Soweit ich weiß, kam die Idee, den 17. Juni zum Gedenktag zu machen, ursprünglich von der CDU. Einige Mitglieder der Linken-Fraktion sind dann darauf eingestiegen. Sie haben dafür plädiert, nachdem kürzlich der 8. Mai zum Gedenktag ernannt wurde. Also der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Krieges in Europa. Nun müsse man auch einen Tag für die Opfer des SED-Unrechts einführen.

**Ausgang der Proteste von 1953 war, dass die Beschäftigten intensiver arbeiten sollten. »Normerhöhung« hieß das damals. In den Stellungnahmen Ihrer Partei wird dieser Aspekt wenig betrachtet.**

Ja, das ist auch so. Es hieß, man wolle das Unrecht der DDR aufarbeiten. Der 17. Juni stehe dafür exemplarisch. Dass man sich mit Unrecht befassen muss, dem stimme auch ich zu. Doch wir haben im Moment eine ganz einseitige Art der Aufarbeitung. Mit dem Unrecht, das in der BRD geschehen ist, befasst man sich nicht.

1952 entschloss sich etwa die Regierung der Bundesrepublik dazu, eine Remilitarisierung zu beginnen. Am 11. Mai 1952 gab es dagegen in Essen eine riesige Demonstration, gerade die Freie Deutsche Jugend hatte dazu mobilisiert. Der Protestzug wurde verboten, doch

die Jugendlichen ließen ihn sich nicht nehmen. Das FDJ-Mitglied Philipp Müller wurde damals erschossen, eine ganze Reihe junger Menschen einfach verhaftet. Das war also die Atmosphäre dieser Zeit. Was den 17. Juni angeht, so dokumentiert er doch eines: Nach den Protesten nahmen SED und Sowjetunion die Normerhöhungen zurück. So bitter und schlimm diese Niederschlagung auch war – ihr folgte eine Kursänderung.

### **Hat sich denn Bodo Ramelow, Linke-Ministerpräsident von Thüringen, zum Thema geäußert?**

Er ist ein Befürworter des Gedenktages. In einer Fraktionssitzung sagte er, es brauche einen Tag für die Opfer des DDR-Unrechts. Meiner Meinung nach hat er sich aber nicht damit auseinandergesetzt, wie es wirkt, den 8. Mai als Gedenktag zu beschließen und danach den 17. Juni. Zuerst gedenken wir also der Befreiung vom Faschismus und der Verbrechen, die er beging, dann des Unrechts in der DDR. Da wird suggeriert, beides stünde auf einer Stufe. Das ist doch der eigentliche Skandal.

### **Ihre eigene Partei will das nicht so verstanden wissen. Mit »diesem (zweiten) eigenständigen Gesetz« finde keine Gleichsetzung statt, heißt es im *Parlamentsreport 4/2016*, den Ihre Landtagsfraktion herausgab.**

Das ist einfach falsch. Denn es handelt sich hier nicht um ein eigenständiges Gesetz. Es geht um das Thüringer Feiertagsgesetz, da stehen beide Tage nun in einem Paragraphen. Unter dem Abschnitt »Gedenktage« heißt es nun: erstens 8. Mai, zweitens 17. Juni.

### **In wenigen Tagen wird darüber abgestimmt. Linke, Grüne, SPD und CDU werden wohl »ja« sagen, die AfD wahrscheinlich auch. Werden Sie als einzige mit »Nein« stimmen?**

Ich habe lange mit mir gerungen, habe mit vielen Genossen und Genossinnen gesprochen. Ich werde dagegenstimmen. Diese einseitige Aufarbeitung ohne Betrachtung der BRD ist falsch. Schon jetzt wird ja oft davon gesprochen, der Faschismus sei die erste deutsche Diktatur, die DDR dann die zweite. Es ist ein ganz großer Fehler, dass die Linke sich daran beteiligt, statt dagegenzuhalten. Das gilt umso mehr, wo der Rechtspopulismus an Stärke gewinnt.

### **Die Linke in Thüringen zeigt einen besonderen Eifer darin, sich von der DDR zu distanzieren. Warum?**

Ich glaube, das ist so ein vorseilender Gehorsam gegenüber den Koalitionspartnern und gegenüber der allgemeinen Stimmung in den bürgerlichen Medien. Das wird gemacht von Der Linken, um das Koalitions-klima gut zu halten. Als Linke dürfte es uns aber nicht darum gehen, die DDR auf immer und ewig zu verdammen. Vielmehr müssten wir den Menschen Mut machen, widerständig zu sein. Doch von Bodo Ramelow kommt nichts in dieser Richtung.

Johanna Scheringer-Wright ist Abgeordnete im Thüringer Landtag für die Partei Die Linke

---

<http://www.jungewelt.de/2016/04-18/005.php>